



Bundeskonzferenz 2022

Wir zahlen nicht für eure Krisen und Kriege!

Die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zukunft der jungen Generationen wird von multiplen, existenzbedrohenden Erscheinungsformen der globalen Krise des kapitalistischen Systems geprägt, die ihre Ursache in der enormen Zuspitzung der globalen innerkapitalistischen Widersprüche haben. Zu nennen sind u.a. die dauerhafte Überproduktionskrise; der verschärfte Klassenkampf von oben und die dadurch noch mehr vertiefte soziale Spaltung; die Klimakatastrophe; die Pandemie und die große Verunsicherung, die sie mit sich bringt; der innerimperialistische Kampf um die Kontrolle über die Weltordnung und die Ausplünderung der letzten Ressourcen der Erde bis hin zu Kriegen; die massiven Fluchtbewegungen ...

Der Krieg in der Ukraine bündelt alle diese Krisen in einer einzigen gewalttätig-regressiven Bewegung. Auch die europäischen Länder, die nicht unmittelbar am Krieg beteiligt sind, erleben gerade eine riesige Rolle rückwärts in vielen Bereichen: die Energiewende wird außer Kraft gesetzt; die Schuldenbremse gerissen und dennoch aufrechterhalten, um die multiplen Krisenlasten auch späteren Generationen noch aufbürden zu können; die Entspannungspolitik gegenüber Russland, die jahrzehntelang in der einen oder anderen Weise die deutsche Außenpolitik geprägt hat, wurde über Nacht über den Haufen geworfen und ist einem neuen Kalten Krieg gegen Russland gewichen.

Allen Protesten gegen den 100 Milliarden schweren Rüstungsfonds zum Trotz lassen sich die Gewerkschaftsführungen vor den Karren angeblicher „nationaler Interessen“ spannen, und die Flüchtlingspolitik hat derzeit nur deshalb teilweise ein etwas weniger hässliches Antlitz, weil sich die deutsche Wirtschaft und die politisch Verantwortlichen vom Zuzug Hunderttausender Ukrainer:innen eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt durch billige, zugleich qualifizierte Arbeitskräfte insbesondere in Dienstleistungsbereichen versprechen.

Dieser Krieg hat begonnen, die globalen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen den NATO-Ländern auf der einen und Russland/China auf der anderen Seite neu zu ordnen. Auch die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik gerät unter den Druck, sich US-amerikanischen Interessen unterzuordnen und von der Konfrontation mit dem eurasischen Block bestimmen zu lassen.

Für die Länder des Südens hat dies noch unabsehbare Folgen. Einige von ihnen bekommen die Auswirkungen des Krieges durch die Unterbrechung der Lieferung von Energie und Weizen sehr direkt zu spüren, andere versuchen, sich dem Druck zur Blockbildung zu entziehen – z.B. indem sie die Sanktionspolitik der USA nicht mitmachen.

I.

Eine Zeitenwende, fürwahr. Sie wird nicht nur herbeigeredet und -geschrieben, sie wird auch handfest herbeigeführt. Die berechtigte Empörung über den russischen Angriff auf die Ukraine wird national aufgeladen und umgemünzt in einen antirussischen Feldzug. Das Ziel der NATO ist nicht, dass wir den Ukrainer:innen zu Hilfe kommen, ihr Ziel ist, Russland zu bestrafen, „unfähig zu machen, nochmal einen Krieg führen zu können“ (wie es aus dem Weißen Haus heißt), oder gar kurzerhand „die russische Wirtschaft zu zerstören“ (wie die EU-Kommissionspräsidentin sagt).

Die USA haben eine traurige Bilanz bei der Zerstörung von Staaten aufzuweisen. Das innen-

politische Begleitprogramm zu dieser falschen Hilfe für die Ukraine ist die Hetze gegen alles, was im zivilen Bereich noch russisch ist, die Verteufelung jedes besonnenen Einwurfs, der zur Verständigung mit Russland mahnt, bis hin zu Meinungszensur wie sie im Bereich „Antisemitismus“ seit Jahren praktiziert wird. So wird der Feind auch im Inneren aufgebaut, autoritäres Regieren ausgebaut; neben explodierenden Militärausgaben gibt es auch eine ideologische Militarisierung der Gesellschaft.

Für die wirtschaftlich schwer angeschlagene Weltmacht USA ist der russische Überfall auf die Ukraine ein Göttergeschenk. Er leitet eine neue Phase der Hochrüstung ein, die den Kampf mit China final zugunsten der NATO entscheiden soll. Es wird erwogen, die NATO von einem Militärbündnis zu einem weltumspannenden Wirtschaftsbündnis zu machen, eventuell basierend auf so etwas wie einem globalen Freihandelsabkommen der Länder des Nordens. Solche Entscheidungen bedeuten unmissverständlich, dass nunmehr alle Politikfelder aller NATO-Mitglieder dem Ziel, den globalen Konkurrenzkampf mit China zu gewinnen, unterzuordnen sind. Für Sonderwege wie einer Verständigung mit Russland, der Behauptung einer eigenständigen europäischen Politik, aber auch dem Abschied von fossilen Energien ist da kein Platz.

II.

Der herrschenden Klasse gibt diese neue Konstellation neuen Auftrieb.

Zunächst einmal bremst die kriegerische Entwicklung den kapitalistischen Weg zu einem ökosozialen Umbau aus, zu dem die neue Regierung angetreten war. Erneuerbare Energien gelten jetzt endgültig als „zusätzlich“ zu den fossilen, Kohleleiler, die zur Stilllegung vorgesehen waren, werden weiterbetrieben, evtl. stillgelegte sollen wieder in Betrieb genommen werden. Auch die Rückkehr zur Atomkraft wird wieder gefordert. Das 1,5-Grad-Ziel ist kein ernsthaftes Politikziel, schon gar nicht das vorrangige.

Der herrschenden Klasse bieten sich goldene Gelegenheiten für Extraprofite. Dabei wird der Krieg für allen Unbill verantwortlich gemacht, den die Bevölkerung erleiden soll, allen voran die maßlosen Preissteigerungen.

Die Explosion der Nahrungsmittelpreise hat rein gar nichts mit einer realen Verknappung zu tun – im Gegenteil, die Bestände sind so hoch wie seit langem nicht mehr; sie hat rein spekulativen Charakter: teils werden Bestände künstlich gehortet, teils wird an den Finanzmärkten schlicht auf Preissteigerungen gewettet. Auf der Energieseite bewirken die Sanktionen und die russischen Gegenmaßnahmen zwar eine spürbare Senkung der Gaslieferungen. Ein Grund für die anvisierten drastischen Einsparverordnungen und Abwägung der steigenden Energiepreise auf die privaten Haushalte ist das nicht. Wie eine Studie errechnet hat, wäre es ohne weiteres möglich, Biogasanlagen ans Gasnetz anzuschließen, damit könnten die Gasspeicher für den Winter gefüllt werden. Der Strom, den sie bislang erzeugt haben, ließe sich leicht durch ein beschleunigtes Windkraftprogramm ersetzen. Es ist richtig, dass Energie eingespart werden muss. Das geht aber nicht ohne Tempolimits und mit der Forcierung weiterer individueller Pkw-Mobilität. Das funktioniert nicht ohne gesellschaftlich geplante ökologische Energieversorgung und ohne Auflagen für nachhaltige Produkte. Von all dem unternimmt die Ampelregierung nichts. Stattdessen sieht Lindners „Entlastungspaket“ mal wieder vorrangig steuerliche Entlastungen für die Besserverdienenden vor.

Wie schon bei der Pandemie mangelt es an staatlichen Vorgaben, die ein forciertes ökologisches Umsteuern und eine Verteilung der Lasten von unten nach oben beinhalten. Der Bevölkerung werden dadurch „Sachzwänge“ vorgegaukelt, die es real nicht gibt. Die Inflation folgt einer Profit-Preis-Spirale, die unterbunden werden muss – z. B. durch eine Art Tobinsteuer auf Transaktionen auf Warenterminmärkten. Auch hier gilt es, das Übel an der Wurzel zu packen und nicht nur, unerträgliche Belastungen für einfache Haushalte abzuwehren.

Die Wurzel einer sozial gerechten Klimapolitik aber ist die Umorientierung der gesamten Produktionsweise auf Bedürfnisorientierung und Nachhaltigkeit. Dass dazu Eingriffe in die pri-

vatwirtschaftliche Verfügungsgewalt erforderlich sind, muss in Bezug auf die Klimapolitik genauso deutlich werden wie Deutsche Wohnen Enteignen dies in Bezug auf die Mieten geleistet hat.

III.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit droht, sich unter diesen Bedingungen dramatisch zu verschlechtern. Viele Weichen sind dafür bereits gestellt:

- die umfassende Ausbreitung der „Diktatur der Zahlen“ als Methode der Unternehmensführung;
- die zunehmende Digitalisierung der Arbeit und im Konsum- und Privatbereich ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Atomisierung der Arbeiterklasse, ihre noch stärkere Unterwerfung unter angebliche technische Zwänge (Algorithmen) und eine zunehmende Überwachung ihrer Tätigkeiten und Lebensgewohnheiten;
- die Preissteigerungen und die Versuche, ihnen durch Anhebung des Leitzinses zu begegnen, kündigen eine Rezession an;
- anhaltende, massive Fluchtbewegungen stellen ein großes Reservoir an ungeschützten Billigarbeitskräften bereit, die auf den Arbeitsmarkt drücken, während in den Herkunftsländern die qualifizierten Arbeitskräfte fehlen;
- die Privatisierung im Gesundheitswesen wird mit Hochdruck fortgesetzt, dabei werden nicht nur Kliniken angegriffen, auch Arztpraxen werden die Beute der Konzerne. Gesundheit wird systematisch Profitinteressen unterworfen und die körperliche Befindlichkeit von Menschen zu gerichtet. Der Auftritt von Coronaleugnern:innen ist auch ein perverser Ausdruck des Unbehagens darüber.
- In der Hochzeit des globalen neoliberalen Regimes hat die organisierte Arbeiterbewegung eine massive Schwächung erfahren. Die Akkumulation von Krisen verschärft diese Tendenz spürbar:
 - die lange Phase neoliberaler Deregulierungspolitik hat die strukturellen Voraussetzungen für eine kompakte soziale Gegenwehr in den Betrieben (vor allem die Tarifbindung) stark erodiert – die Gewerkschaftsführungen wissen dem weitgehend nichts entgegenzusetzen;
 - die verschiedenen Krisen erfordern teilweise die Aneignung hoher Kenntnisse, aber auch ein grundsätzliches Umdenken, was die eigene Lebensweise betrifft – doch die Zwänge der Lohnarbeit stehen naheliegenden Lösungen, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz, vermeintlich entgegen;
 - die verschiedenartigen Krisen überlappen sich zunehmend und erfordern dabei manchmal einander scheinbar widersprechende Sofortmaßnahmen.

Die Arbeiterbewegung gerät somit immer stärker in die Defensive, wofür die zunehmenden Angriffe auf gewählte Interessenvertretungen in den Betrieben ein Gradmesser sind.

An eine Rückkehr zu den „geordneten“ Verhältnissen, die wir in Deutschland vor der Wende kannten, ist spätestens seit der Finanzkrise 2008/09 nicht mehr zu denken. Die jungen Generationen haben keine Erinnerung mehr an die Zeit vor 1989, sie wachsen im Krisenmodus auf und sind auf ihn lebenslänglich abonniert. Es wächst das Bewusstsein, dass Hunger, Klimakatastrophe, Flucht, Gewalt und Kriege, Prekarität und Massenarbeitslosigkeit alle mit dem kapitalistischen Produktionssystem zu tun haben und dass wir uns dieses nicht länger leisten können. Mit dem neuen Bellizismus hat die herrschende Klasse jedoch ein Vehikel gefunden, die zunehmende Kapitalismuskritik in die Bahnen der „Verteidigung der westlichen Freiheiten“ zu lenken, worunter die – notfalls verordnete – grundsätzliche Loyalität zu EU und NATO und zur Führungsrolle der USA verstanden wird.

Der Aufbau einer internationalen Antikriegsfront – überhaupt internationalistisches Handeln – ist deshalb eine wichtige Bedingung für gesellschaftliche Fortschritte auch auf anderen Ebe-

nen. Nur wenn wir dem Märchen folgen, die NATO würde tatsächlich Menschenrechte verteidigen, sind wir bereit, dem alles andere unterzuordnen. Es reicht aber auch nicht, sich auf ein Nein zur Aufrüstung beschränken, wir müssen aktiver als bisher alternative Entwicklungswege, und dies im internationalen Maßstab, aufzeigen.

IV.

Aus allem Gesagten sollte mensch annehmen, dass dies die politische Stunde der Linken sein müsste. Dies ist aber ganz und gar nicht der Fall, weder bei uns noch in anderen europäischen Ländern. Im Gegenteil: An jeder neu auftretenden Krise zerlegen sich Linke ein weiteres Mal. Bezeichnend ist, dass die Partei Die Linke bislang kein Rezept gefunden hat, für ihre vielen klugen Vorschläge ein Gehör bei der breiten Bevölkerung zu finden.

Gleichzeitig zeigen Bewegungen wie Fridays for Future, dass junge Generationen in der Lage sind, mit ihrer Energie und einem klaren Bewusstsein für die Bedrohungen der Zukunft Umschwünge in der politischen Meinung herbeizuführen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern.

Mehr denn je kommt es für unsere Organisation darauf an, in ausgewählten Themenfeldern eine kollektive, solidarische Praxis zu entwickeln und junge Menschen für eine internationalistische ökosozialistische Perspektive zu begeistern und durch ihre Publikationen, die jährliche Ökosozialistische Konferenz und ein attraktives Bildungsangebot eine Orientierung zu geben.

Die Verkehrswende stellt einen Schwerpunkt der Aktivität der ISO dar, weil sie soziale und ökologische Fragen aufs einsichtigste bündelt. Wir unterstützen daher die Kampagne „9-Euro-Ticket weiterfahren“. Sie würde eine spürbare finanzielle Entlastung der unteren und mittleren Einkommen bringen und einen hervorragenden Beitrag zum allgemeinen Umstieg auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nah- und Fernverkehr leisten. Wir sollten Versuchen entgegenreten, sie in Richtung eines 365-Euro-Tickets zu verwässern.

Der Kampf gegen die Preistreiberei und die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die unteren und mittleren Einkommen steht in den kommenden Monaten im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und fordert deshalb auch von uns unsere volle Aufmerksamkeit. Es ist sichtbar geworden, dass die von der Regierung vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen die Reallohnverluste bei weitem nicht ausgleichen, die Bezieher:innen staatlicher Einkommen aber in die pure Verzweiflung treiben, während gleichzeitig die Energiekonzerne Superprofite scheffeln. Dem Vorhaben der Regierung, die privaten Haushalte mit einer Umlage auf den Gaspreis zu belasten, um den privaten Energieimporteuren die Einnahmen zu sichern, muss energisch entgegengetreten werden.

Hier sind die Gewerkschaften gefragt. Sie sind gefordert, den Kampf gegen die Teuerung aufzunehmen und nicht auf die Regierung und sogenannte „Entlastungsmaßnahmen“ zu vertrauen. Sie müssen ihre Tarifpolitik völlig neu ausrichten. Kein Tarifvertrag darf mehr abgeschlossen werden, der zu einem Reallohnverlust führt. Die Laufzeit darf nicht länger als 12 Monate sein. Die übergeordnete Ausrichtung kann nur in dem Ziel einer automatisierten Anpassung der Löhne an die Teuerung liegen.

Gegen die Preissteigerungen wird sich umso mehr Unmut aufbauen, je stärker die Bevölkerung die

damit einhergehenden Belastungen als ungerecht verteilt empfindet. Es können sich spontane, auch verzweifelte und sehr radikale Proteste entwickeln. Wir begrüßen solche Bewegungen, nehmen daran teil und fördern ihre Selbstorganisation. In einer solchen Situation schlagen wir vor, dass sich solche Proteste mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zusammenschließen, um in einer breiten Bewegung für folgende Ziele zu mobilisieren:

- Kostenloses Grundkontingent an Strom und Gas für alle privaten Haushalte, verbunden mit steigenden Preisen für Mehrverbrauch. Gewerbliche Großverbraucher sollen die gleichen Tarife zahlen wie private Verbraucher;
- Deckelung der Preise für Heizöl, Gas und Sprit für private Haushalte, verbunden mit stei-

genden

Preisen für Mehrverbrauch;

- Fortführung des 9-Euro-Tickets als Schritt hin zu einem kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr;
- Preisstopp für Grundnahrungsmittel und eine öffentliche Kontrolle der Preise;
- Entlastung für alle – auch für Rentner:innen, Studierende oder Erwerbslose. Die Grundversicherung muss deutlich angehoben werden.

Die derzeitige Situation der Energie- und Gasversorgung setzt die Verstaatlichung der Energiekonzerne und der Infrastruktur der Energieversorgung auf die Tagesordnung. Da sie nur die Form des Eigentums betrifft und nicht die Handlungsweise dieser Unternehmen, muss sie ergänzt werden um die Idee einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle der Beschäftigten und der privaten Verbraucher.

Auch der zügige Ausbau der erneuerbaren Energiequellen ist eine wirksame politische Maßnahme gegen die Teuerung.

Auf der Bundeskonferenz der ISO 2022 von der Mehrheit angenommen.